

ringung der bürgerlichen Demokratie nicht absolut identisch war.

Über diesen Sachverhalt könnte schon eine flüchtige Kenntnisnahme von der Geschichte der konstitutionellen Monarchie in Preußen-Deutschland (bis 1918) Aufklärung verschaffen. Karl Marx sagte von diesem Staat, er sei „nichts anderes als ein mit parlamentarischen Formen verbrämter, mit feudalem Beisatz vermischter und zugleich schon von der Bourgeoisie beeinflusster, bürokratisch gezimmerter, polizeilich gehüteter Militärdespotismus“. 151 Bis auf den heutigen Tag waren Fortschritte in der Frage der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie — sei es das Frauenwahlrecht, sei es die Beseitigung der verschiedenartigsten Wahlzensus oder von Formen der Wahlkreisgeometrie, sei es die Einführung des Verhältniswahlsystems — immer nur das Ergebnis erbitterter Klassengefechte, der Bourgeoisie von der Arbeiterklasse abgetrotzt. Umgekehrt haben Niederlagen der Arbeiterklasse meist einen Abbau der bürgerlichen Demokratie im Gefolge gehabt. Auch dies gilt bis auf den heutigen Tag.

Man kann folglich nur dann zu einer wissenschaftlich richtigen Einschätzung bestimmter Formen der Machtübung gelangen, darunter auch der verschiedenen Erscheinungsformen der bürgerlichen Demokratie, wenn man ihren konkret-historischen Bezug berücksichtigt, also beachtet, daß es sich um Formen, Mittel, Ergebnisse usw. des Klassenkampfes zu einem ganz bestimmten Zeitpunkt handelt.

Reaktionär-utopische Vorstellungen über Gleichheit und Gerechtigkeit

Geradezu entwaffnend ist Krauchs Feststellung, daß es noch nie „ein in statistischem Sinne repräsentatives Parlament“ gegeben habe, da Kleinkinder und Deblie keine „vitalen Repräsentanten“ stellen können. Mit solchem „wissenschaftlichen Scharfsinn“ geraten sofort auch „sozialistische Modelle“ unter kritischen Beschuß. Alle „bisherigen Systeme“ werden Krauchs „Grundsätzen der Gleichheit und Gerechtigkeit“ nicht gerecht, „weil immer die Schwachen, Alten, Kranken und Kinder vernachlässigt werden“ (S. 10).

Die Klassiker des Marxismus-Leninismus haben sich verschiedentlich zu „Gleichheit und Gerechtigkeit“ geäußert. Sie haben diese Begriffe in Beziehung gesetzt zu den konkret-historischen Abläufen des gesellschaftlichen Lebens und die Phrasenhaftigkeit des bürgerlichen Umgangs mit diesen Worten aufgehehlt.^{16/}

Was ist gerecht? Gibt es eine unveränderliche Gerechtigkeit? Was heißt Gleichheit? In welcher Beziehung ist von Gleichheit die Rede? Ist eine Gleichheit gemeint, die erst im Kommunismus Wirklichkeit werden kann? Krauch erweckt den Eindruck, als sei die Schaffung der „besten aller möglichen Welten“^{17/} einzig davon abhängig, daß die Menschen sich geeigneter, bereits vorhandener technischer Mittel bedienen. Von Krauchs „klassenindifferenten“, abstrakt-humanistischen Warte aus läßt sich der Zustand der „Gleichheit und Gerechtigkeit“ dadurch hersteilen, daß man allen die Gelegenheit gibt, ihre Meinung bei der Entscheidungsfindung über gesellschaftlich-politische Fragen einzubringen. Marx hat sich seinerzeit lustig gemacht über Vorstellungen, daß es „beste politische Gesellschaftsformen“ in abstracto geben könne, außerhalb von Zeit und Raum.^{18/} Und beim näheren Zusehen entpuppen sich die „Ver-

besserungsvorschläge“ Krauchs als aus der heutigen konkreten Situation der kapitalistischen Gesellschaft geborene, die Bezug zu konkreten Herrschaftsinteressen des Kapitals haben.

Dies ist auch der wahre Grund für Krauchs Kritik an der sog. pluralistischen Demokratie. Er schreibt: „Als die Gesellschaft wie auch das Staatswesen immer komplizierter wurden, tauchte die Idee des Pluralismus auf. Diese pluralistische Form der Demokratie wurde bei uns in der Bundesrepublik nach dem Zusammenbruch 1945 aufgegriffen und von 1949 an praktiziert. Wir versuchten, nach den Vorbildern anderer westlicher Demokratien ein Gleichgewicht der gesellschaftlichen Kräfte im Machtprozeß herzustellen ... Es zeigte sich aber ... bald und deutlich, daß die pluralistische Demokratieform schwerwiegende Fehlentwicklungen hervorgebracht hat ... Von einem ausgeglichenen Pluralismus kann schon seit langem nicht mehr die Rede sein. Es setzen sich nur noch starke, konfliktfähige Gruppen durch, die gut organisiert sind und über große Geld- und Personalmittel verfügen ...“ (S. 10 f.).

In den antikommunistischen Konzeptionen der Staatsgestaltung hat die Theorie der „pluralistischen Demokratie“ als gewichtiges Argument gedient, das gegen die „totalitäre Parteidiktatur“ in den sozialistischen Ländern angewandt wurde.^{19/} Es wird in dieser Eigenschaft auch jetzt noch ins Feld geführt, nicht zuletzt von sozialdemokratischer Seite. Krauch hält diese Ideologie zur Verschleierung der monopolkapitalistischen Machtverhältnisse für nicht mehr zureichend, weil der Widerspruch zwischen Theorie und Praxis allmählich für eine wachsende Zahl von Bürgern erkennbar wird. Allerdings unterscheidet sich die Variante der „Teilhabe aller“ an den politischen Entscheidungsprozessen nicht prinzipiell von der Pluralismus-Ideologie. Krauch reichert diese nur an. Er offeriert einen „potenzierten“ Pluralismus: Statt in Form von Gruppen soll jeder einzeln am politischen Geschäft partizipieren dürfen!

Bürgerliche Krisenkritik

Wenn von „Schein“-Demokratie gesprochen wird oder sogar davon, „daß ihre Degenerierung zu gigantischen Manipulations-Instrumenten heute eine gefährliche Zuspitzung erfahren“ habe (S. 13), so könnte man vermuten, hier werde eine zutreffende Diagnose imperialistischer Herrschaftsbeziehungen aufgestellt, der man nur rundweg zustimmen könne, eine Diagnose, die sich dem Wesen nach mit einer marxistisch-leninistischen Beurteilung deckt. Aber gar so einfach liegen die Dinge nicht.

Krauch sieht wohl zahlreiche kritikwürdige Zustände der BRD-Gesellschaft, und er hält mit seinem Tadel oft nicht zurück. Doch sind nicht Umweltverschmutzung, Verkehrschaos, mangelnde Gesundheitsfürsorge, zurückgebliebenes Bildungswesen, Bodenspekulation, Mietwucher, Korruption und andere Formen des Abgeordnetenkaufs Erscheinungen, deren Bagatellisierung zur Zuspitzung der inneren Widersprüche des Kapitalismus führen kann? Gibt es überhaupt noch Parteien, die das kapitalistische System bejahen, verteidigen, die nicht — wenigstens in Worten — für Reformen wären?

Eine banale Abstützung des Status quo nach dem Muster ehedem wirksamer Wahlslogans wie „Keine Experimente!“, „Was Du hast, das weißt Du!“ aus den fünfziger Jahren hat seine Zugkraft eingebüßt. Trotz aller Kritik im einzelnen wird von Krauch weder die Frage

^{15/} Marx, „Kritik des Gothaer Programms“, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 19, Berlin 1962, S. 29.

^{16/} Vgl. etwa Lenin, „Ein liberaler Professor über die Gleichheit“, in: Werke, Bd. 20, Berlin 1961, S. 137 ff.

^{17/} Leibniz, Die Theodizee, Hamburg 1968, S. 101.

^{18/} Vgl. Marx, „Die moralisierende Kritik und die kritisierende Moral“, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 4, Berlin 1959, S. 354.

^{19/} Vgl. Gottscäiling, „Die Theorie von der pluralistischen Demokratie“ im heutigen Klassenkampf“, NJ 1968 S. 609 ff.; Der gegenwärtige rechte Revisionismus, Moskau 1973, insbes. S. 299 ff., 507 ff. (russ.); Röder/Weichelt, „Der Bankrott revisionistischer Pluralismus-Konzeptionen“, IPW-Berichte 1973, Heft 12, S. 18 ff.